



Kluck: Besonnenheit statt unkoordinierten Tatendrangs

FDP/DVP will Ursachenforschung bei Jugendgefährdung und Jugendgewalt - Die Liberalen begrüßen die Einsetzung des Ausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“. In der Landtagsdebatte setzte sich Hagen Kluck als innenpolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion für eine intensive Ursachenforschung ein. „Forderungen nach schärferen Gesetzen kommen nach solchen Geschehnissen immer schnell, aber Gesetze allein können keinen Amoklauf verhindern“, stellte der Abgeordnete fest. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, sei nur unter Beleuchtung aller Seiten zu beantworten. „Dabei ist eher mit Bedacht als mit unkoordiniertem Tatendrang an die Sache heranzugehen“, sagte Kluck..

Der FDP-Landtagsabgeordnete unterstützte die Mahnung des Ministerpräsidenten zur Besonnenheit. Eine Verschärfung von Waffengesetzen sei zwar eine Möglichkeit, aber kein Allheilmittel: Nach den Worten Klucks gehen Schätzungen des Bundesinnenministeriums davon aus, dass es rund zehn Millionen legale erlaubnispflichtige Waffen in den Händen von rund vier Millionen legalen Waffenbesitzern in Deutschland gibt. „Experten behaupten, dass es mindestens doppelt so viele illegale Waffen gibt“, sagte Hagen Kluck. Nicht registrierte Waffen seien problematischer als registrierte. „Wir werden alle Vorschläge ernsthaft prüfen“, versicherte der Reutlinger Abgeordnete, „aber uns ist klar, dass derjenige, der sich selber umbringen und dabei andere mit in den Tod reißen will, sich trotz noch so vieler Sicherungen Waffen beschaffen kann.“ Kluck räumte ein, dass man die Jugendlichen nicht vor der Medienwelt beschützen könne, in der viele schädliche Einflüsse lauern mögen. „Aber wir können aus ihnen gefestigte Persönlichkeiten machen, die verantwortungsvoll mit diesen Gefährdungen umgehen“, betonte er, „auch hier gilt: Verbote lösen keine Probleme, sondern machen dies für die Jugendlichen nur interessanter – dem Erfindungsreichtum von Jugendlichen sind kaum Grenzen gesetzt, wenn es gilt, Verbote zu umgehen oder zu überwinden.“ Man müsse auch berücksichtigen, dass es nach wissenschaftlichen Erkenntnissen keinen monokausalen Zusammenhang beispielsweise zwischen Computerspielen und aktiver Gewalt gebe: „Für 99,99 Prozent ist auch ein so genanntes Killerspiel nichts weiter als ein Spiel, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.“ Gewalt unter Jugendlichen habe zumindest nach dem Eindruck der Öffentlichkeit in den letzten Jahren stark zugenommen. Man dürfe aber auch die neueste Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen nicht außer Acht lassen, nach der die Akzeptanz von Gewalt unter Jugendlichen deutlich abnehme. Es helfe auch nicht, die Schulen in Hochsicherheitstrakte zu verwandeln. Um wirksame Sicherheitskonzepte zu entwickeln, werde der Ausschuss sachverständige Experten hinzuziehen. „Wir müssen uns aber auch mit dem Schulalltag auseinandersetzen“, forderte Hagen Kluck, „häufig wird ein Gefühl der Zurücksetzung als



Mitursache für Gewaltausbrüche vermutet. Deshalb hätten Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern, Schulleitungen und Schulaufsicht die Pflicht, konsequent gegen Ausgrenzung und Mobbing, gegen Kränkungen und Benachteiligungen vorzugehen.